



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Tankrabatt verlängern – Bundesratsinitiative zur Entlastung der Bürger an der Zapfsäule

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative einzubringen und sich gemeinsam mit weiteren hierzu bereiten Ländern auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der bis zum 30. Juni 2026 befristete Tankrabatt über diesen Zeitpunkt hinaus verlängert wird.

Begründung:

Der Tankrabatt senkt seit dem 1. Mai 2026 die Steuerlast auf Benzin und Diesel um rund 17 Cent je Liter und ist bislang nur bis zum 30. Juni 2026 befristet. Er wurde eingeführt, um die Bürger angesichts stark gestiegener Kraftstoffpreise kurzfristig zu entlasten. Mehrere Länder, darunter Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, sprechen sich für eine Verlängerung aus. Zugleich bestehen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion erhebliche Vorbehalte gegen eine Fortführung.

Eine Verlängerung ist sachlich geboten, weil die Kraftstoffpreise weiterhin auf hohem Niveau liegen und die internationale Lage zusätzliche Preisrisiken schafft. Eine neuerliche Eskalation des Iran-Konflikts oder andere Krisen im Nahen Osten können die Ölpreise weiter steigen lassen. Mitte Juni 2026 lagen Brent und WTI weiterhin auf einem hohen Niveau; eine schnelle und verlässliche Entspannung der Lage ist derzeit nicht absehbar. Gerade Pendler, Familien, Handwerker, Landwirte, Spediteure und mittelständische Betriebe brauchen daher eine kurzfristig wirksame Entlastung.

Die AfD-Fraktion im Landtag hält den Tankrabatt nicht für eine ausreichende strukturelle Lösung. Notwendig wären aus Sicht der AfD-Fraktion deutlich weitergehende Maßnahmen: die Abschaffung der CO₂-Abgabe, die Senkung der Energiesteuer auf das EU-rechtlich zulässige Mindestniveau sowie die Reduzierung der Umsatzsteuer auf Kraftstoffe auf sieben Prozent. Diese Maßnahmen würden die staatlichen Preisbestandteile an der Zapfsäule dauerhaft und deutlich senken. Der befristete Tankrabatt bleibt hinter diesem Entlastungsbedarf weit zurück.

Gleichwohl gilt: Der Tankrabatt ist besser als gar keine Entlastung. Er wirkt unmittelbar an der Zapfsäule und entlastet Millionen Bürger, die auf ihr Auto angewiesen sind. Gerade im ländlichen Raum Bayerns gibt es für viele Arbeitnehmer keine realistische Alternative zum eigenen Pkw.

Zudem zeigt der ifo Tankrabatt-Tracker, dass steuerliche Entlastungen an der Zapfsäule überwiegend bei den Kunden angekommen sind. Für den Zeitraum vom 3. Mai bis 14. Juni 2026 berechnete das ifo Institut eine Weitergabe von durchschnittlich 14 Cent je Liter bei Diesel, 18 Cent je Liter bei Super E5 und 17 Cent je Liter bei Super E10. Damit wurden bei Diesel rund 82 Prozent des Rabatts, bei Super E10 praktisch

100 Prozent und bei Super E5 sogar etwas mehr als der rechnerische Vollbetrag weitergegeben.

Die pauschale Behauptung, steuerliche Entlastungen blieben überwiegend bei Mineralölkonzernen oder Tankstellen hängen, wird durch diese Daten nicht bestätigt. Eine Verlängerung des Tankrabatts wäre daher eine kurzfristig wirksame, nachvollziehbare und praktisch umsetzbare Entlastungsmaßnahme.

Auch der Einwand einer fehlenden Gegenfinanzierung überzeugt nicht. Die Frage ist nicht, ob die finanziellen Mittel vorhanden sind, sondern welche politischen Prioritäten gesetzt werden. Der Bund gibt weiterhin erhebliche Summen für Bereiche aus, die nicht unmittelbar der Entlastung der eigenen Bürger und der heimischen Wirtschaft dienen. Allein die Ausgaben für Asylleistungen, Bürgergeldzahlungen an ausländische Staatsangehörige, internationale Transferleistungen sowie klima- und energiepolitische Förderprogramme erreichen jährlich ein Volumen von über hundert Milliarden Euro. Gleichzeitig werden Pendler, Familien, Handwerker, Landwirte und mittelständische Betriebe bei den Energie- und Kraftstoffkosten nur unzureichend entlastet. Die AfD-Bundestagsfraktion hat in ihrem alternativen Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 Einsparpotenziale von 125 Mrd. Euro aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund ist eine Fortführung des Tankrabatts keine Frage fehlender finanzieller Möglichkeiten, sondern eine Frage des politischen Willens. Wer Milliarden für falsche Vorhaben bereitstellt, muss erst recht in der Lage sein, die Bürger bei den alltäglichen Kosten für Mobilität und Energie wirksam zu unterstützen.

Bayern sollte deshalb im Bundesrat die Initiative ergreifen und gemeinsam mit weiteren entlastungsbereiten Ländern auf eine Verlängerung des Tankrabatts hinwirken.